

1933
te Dina
ren, Gz.
i. Oelma,
ide alle
Balblaut,
is himm-
Wlich in
en, Sie
ach gleich
uo, gnd-
is Gnd-
rer freu-
nd wohl-
ren. Er
deutsche
schit von
flaren
in Doku-
an den
rt wirkt
edämpf-
en, Herr
ch beim
menschen
in sein
reundlich
er schon
f. Hebr-
en. Be-
s Fran-
ma her-
n neuen
io schred-
r ganzen
wie sie
nutzen,
wollte der
fam der
Blumner
manchmal
Scheidung
einuand-
und so
e. Eine
bricht ab:
Weglich-
von ihm
Baltasar
ausgehend
Anfiker-
ihm als
für den
Ratföhrer
Besondere
n nicht
Coast mit
et Dent
ein Auto
aar Spe-
Du wirst
t wieder
ni? Neit
Tollette
el Deine
n, Dina,
enn wir,
Orgie um

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Friedrichs Dresden
Bismarckstr. 10
K. 10011
Schiffbaustr. 10
Dresden - K. 1. Westendstr. 10/11

Druckverlag: Friedrichs Dresden
Bismarckstr. 10
K. 10011
Schiffbaustr. 10
Dresden - K. 1. Westendstr. 10/11

Druck u. Verlag: Friedrichs Dresden
Bismarckstr. 10
K. 10011
Schiffbaustr. 10
Dresden - K. 1. Westendstr. 10/11

Frankreichs Abrüstungsplan überreicht Stapenweise Durchführung des Milizsystems

Genf, 14. Nov. Der französische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Wallig, hat heute nachmittag in der Abrüstungsabteilung des Völkerbundsekretariats den französischen Sicherheitsplan überreicht. Das Schriftstück umfaßt 8 Foliendruckseiten. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Memorandums veranlaßte die französische Delegation einen Presseempfang, in dessen Verlauf der Delegierte Aubert den Plan in großen Zügen zusammenfaßte. Er hob besonders hervor, daß der Plan ein unteilbares Ganzes bilde. Er unterstrich dabei die im Memorandum enthaltene Feststellung, daß der Plan, soweit er den technisch-militärischen Teil betrifft, nur schrittweise verwirklicht werden könne.

Man erwartet hier, daß die Engländer und Franzosen gleich nach dem Eintreffen des Reichsaussenministers von Neurath Anfang nächster Woche an die deutsche Abordnung mit dem Wunsch auf private völlig inoffizielle Besprechungen über die Abrüstungsfrage herantreten werden. Im Laufe der nächsten Woche dürfte sich dann die erste Fühlungnahme zwischen den Großmächten über die Gleichberechtigungsforderung und damit über die Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz anknüpfen.

Paris, 14. Nov. Davos veröffentlicht einen amtlichen, aber die Einzelheiten noch nicht aufklärenden Auszug des französischen Abrüstungsplans, der heute in Genf veröffentlicht wird. Es wird betont, daß der Plan nicht an die Stelle früherer Vorschläge anderer Delegationen, namentlich an die Stelle des Hoovervorschlages, treten wolle. Es sei immer deutlich geworden, daß die Verabreichung der Rüstungen unter die im Artikel 8 des Völkerbundsstatuts vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt werden könne, wenn man nicht auf die besonderen Situationen eines jeden Staates Rücksicht nehme und insbesondere auf das Bestehen der Regierungen. Diese Herabsetzung mit den bestehenden oder noch zu schaffenden Sicherheitsbedingungen zu verbinden.

Entsprechend der Anregung des amerikanischen Präsidenten sei ein wesentliches Ziel der Abrüstungskonferenz die

Verstärkung der Verteidigung durch Herabsetzung der Angriffskräfte.

Verschiedene Vorschläge, namentlich der von Sir John Simon, hätten die Bedeutung dieser qualitativen Abminderung auf das Material beschränkt, und es sei nicht gelungen, zwischen den ausgesprochen offensiven und den nichtoffensiven Materialien eine Unterscheidung zu machen. In der Frage der Effektivität habe man sich nicht auf die gleiche Möglichkeit geeinigt, ein gemeinsames Maß für die verschiedenen militärischen Organisationen zu finden.

Frankreich lehne also vor, eine Gesamtlösung ins Auge zu fassen, die durch die allmähliche Angleichung der Militärsituation an einen Verteidigungsstand und durch eine gleiche Beteiligung an den Vorteilen der „gemeinsamen Aktion“, die im Völkerbundsstatut vorgesehen sei, finden zu können, wobei jeder Gedanke an eine Aufrüstung strikt ausgeschlossen sei. Auf Grund dieser verschiedenen Erwägungen lege die französische Delegation eine Gesamtlösung von Vorschlägen vor, die vorbehaltlich der allgemeinen Abmachung, die für alle Mächte die Verpflichtungen zur Beschränkung, Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen definieren werde, eine Reorganisation für Europa vorliehe, die geeignet wäre, in Europa das Problem der Herabsetzung der Rüstungen sowohl von seiner politischen wie von seiner technischen Seite aus zu lösen.

Das französische Memorandum spreche die Hoffnung aus, daß die Mächte, die an diesen Abmachungen nicht teilnehmen werden, deren Durchführung doch ermöglicht werden, indem sie sich bereit finden, den Garantien aus den sie schon bindenden Verträgen ihre volle Wirkung zu verleihen: Abwägung der Antikriegspakte und Völkerbundsstatut. Ohne diese Voraussetzung würde der vorliegende Plan unbrauchbar sein.

Unter Berufung auf die Erklärung Simons, daß kein Unterzeichner des Kellogg-Antikriegspaktes gegenüber einem Angreifer neutral bleiben könne, habe das erste Kapitel des französischen Vorschlages im wesentlichen zum Zweck diesen Grundgedanken durch alle Mächte bestätigen und präzisieren zu lassen. Die Mächte müßten insbesondere im Falle eines Vorstoßes gegen den Antikriegspakt ihre militärischen und humanitären Verpflichtungen zu dem Angreifer abbrechen. Alle vertraglich bestehenden Teile müßten dem allgemeinen Schiedsgerichtspakt beitreten.

Dass einer der vertraglich bestehenden Teile sich weigern würde, sich den Methoden der friedlichen Regelung der Streitfälle zu beugen, könnte der andere vertraglich bestehende Teil den Völkerbundrat damit belassen, der

mit Stimmenmehrheit über die zuzureichenden Maßnahmen zu beschließen hätte. Die vertraglich bestehenden Teile würden zur Durchführung dieser Entscheidung Hilfe leisten.

Die Heere der vertraglich bestehenden Teile, heißt es in dem Plane weiter, werden allmählich auf den einheitlichen Typ eines nationalen Heeres mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränktem Effektivbestand gebracht. Um die Gleichheit der Verteidigung zu gewährleisten, wird festgelegt, daß bei der Abschaffung der Effektivbestände gemäß Artikel 8 des Völkerbundsstatuts die besonderen Bedingungen eines jeden Staates berücksichtigt werden, so namentlich die Ungleichheit und Verschiedenheit der Rekrutierungsquellen. Ebenso werde die militärische Ausbildung berücksichtigt werden müssen, die den politischen Verbindungen entspricht, ferner die Bedeutung der Polizei. Diese Nationalheere würden kein hartes mobiles Material besitzen. Was die erste Hilfe ananimes eines vertraglich bestehenden Staates betrifft, so setze man die

Spezialisierung beschränkter Elemente vor (Truppenkontingente, welche eine mehr oder weniger lange Dienstzeit absolvieren und mit Materialien ausgestattet sein würden, die den Nationalheeren verboten seien).

Diese Elemente würden dem Völkerbund zur Verfügung gestellt und ständen bereit, beim ersten Anruf in Tätigkeit zu treten. Weitere Bestimmungen beträfen die unter der Kontrolle des Völkerbundes in jedem Staate vorzunehmende Aufhebung von mobilen Kriegsmaterialien (das dem angrenzenden Staat zur Verfügung gestellt werden würde) also eines Materials, dessen Aufbewahrung durch das allgemeine Abkommen erlaubt, das aber den nationalen Streitkräften mit kurzfristiger Dienstzeit verboten würde, ferner die

allmähliche Vereinfachung der Kriegsmaterialien, deren Herstellung kontrolliert würde und allmählich international organisiert werden würde.

Ferner die Organisation der ständigen und regelmäßigen Kontrolle der Durchführung dieser Verpflichtungen zwischen den vertraglich bestehenden Teilen. Die Durchführung dieses Programms werde schrittweise vor sich gehen.

Bezüglich der Flottenrestriktionen laßt der Plan für den Fall, daß den Flottenmächten die Möglichkeit gegeben werden soll, bei Erhaltung des gegenwärtigen Relativitätskoeffizienten, die Tonnage in möglichst weitem Ausmaß herabzusetzen, den

Abschluß eines Mittelmeerpaktes unter den interessierten Staaten

ins Auge, der ihnen ausreichende Garantien für gegenseitigen Weisstand geben würde.

Bezüglich der Rüstungen zur Luft schlägt die französische Delegation den Abschluß eines Abkommens zwischen allen über Flugzeuge verfügenden europäischen Staaten vor, zwecks

Schaffung der „Europäischen Lufttransport-Union“.

Ebenso tritt es für die Schaffung — wenigstens in Europa — einer internationalen Luftstreitmacht ein, deren Personal aus Freiwilligen der verschiedenen Nationalitäten nach einem noch zu bestimmenden Kontingentierungsmaßstab rekrutiert werden würde.

Die Stelle, die sich auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung bezieht, hat im französischen Abrüstungsplan folgenden Wortlaut: „Wenn die französische Regierung gegen die Umstände protestiert hat, unter denen

die Gleichberechtigungsforderung

vorgebracht wurde, wenn sie den Wert der rechtlichen Weisführung, auf die sich die Forderung stützt, nicht anerkennt, und wenn sie auf dem Gedanken beharrt, daß jede Lösung, die eine Aufrüstung nach sich zieht, als im Widerspruch zur Konferenz selbst stehend unannehmbar sein würde, so hat sie doch niemals geäußert, daß die Frage selbst zu den Aufgaben gehöre, die der Konferenz gestellt sind. Schon am 22. Juli hat der Ministerpräsident das vor dem allgemeinen Abrüstungsausschuß erklärt. Die französische Abrüstungsabordnung hat das feste Vertrauen, daß ihre Vorschläge es ermöglichen, im Interesse des allgemeinen Friedens dieser Frage durch eine allmähliche Gleichstellung der militärischen Bestimmungen sowie durch eine gleichmäßige Beteiligung an den Lasten und Vorteilen der gemeinsamen Aktion unter Beobachtung jeder Aufrüstung eine gerechte Lösung zu geben.“

Demobilisierung schweizerischer Regimenter

Genf, 14. Nov. Für das Genfer Regiment ist der Demobilisierungsbefehl in Genf eingetroffen. Das Regiment, mit Ausnahme einer Kompanie, wird heute nach 17 Uhr entlassen werden. Das Walliser Bataillon bleibt zur Verfügung des Fliegerkommandanten in Genf. Der waadtländische Staatsrat in Lausanne hat heute die Demobilisierung des Kavallerieregiments Nr. 6 beschlossen. Das Regiment wird noch heute nachmittag entlassen. Das Regiment Nr. 1 und das Bataillon Nr. 4 bleiben in Alarmbereitschaft.

Wagemanns Kreditausweitung

Prof. Dr. Ernst Wagemann ist weitesten Kreisen als Präsident des Statistischen Reichsamts und Leiter des Instituts für Konjunkturforschung bekannt. Aus seiner Feder stammen die alljährlich veröffentlichten, eingehenden amtlichen Berichte über die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Von ihm werden auch die vierzehntägig veröffentlichten Berichte über den Stand der Erwerbslosigkeit in Deutschland mit dem halbamtlichen Kommentar verlesen. Aus diesen Tatsachen geht bereits hervor, daß Wagemann, der zugleich als Professor an der Universität Berlin wirkt, wohl zur Zeit derjenige Wirtschaftswissenschaftler ist, der den größten Einfluß auf das praktische volkswirtschaftliche Leben ausübt. Aber Wagemanns Einfluß geht noch weiter, als auf den ersten Blick scheinen mag. Auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen steht er in besonders enger Fühlung mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Barzold. Man hat im Wagemann sogar den Urheber des Gedankens der Steuererleichterung gesehen. Diese oft geäußerte Ansicht ist weder bestätigt noch verneint worden. Die Beteiligten schweigen sich darüber aus. Tatsache ist jedenfalls, daß die Methode, die Deflation durch eine begrenzte Kreditausweitung mittels der Steuererleichterung zu bekämpfen, völlig mit den volkswirtschaftlichen Plänen Wagemanns übereinstimmt. Wagemann hat ja bekanntlich bereits unter der Kanzlerschaft Brüning eine Geld- und Kreditreform ausgearbeitet, deren Kernstück allerdings vor allem in der außerordentlichen Kompensierung ihres Aufbaus lag. Er unterscheidet darin zwischen „Zahlungsmitteln der Konsumsphäre“ (Scheidegeld und Noten bis zu 50 M.), die nur durch Schuldverschreibungen gedeckt werden sollten, und von „Zahlungsmitteln der Erwerbswirtschaft“, die weiterhin nach den Prinzipien der gegenwärtigen Notendeckung gedeckt werden sollen, also durch Gold, Devisen und Handelswechsel. Dieser erste Wagemannplan, der also im wesentlichen eine Kreditausweitung vorsah und der ursprünglich geheim gehalten wurde, da er vornehmlich für den Fall gedacht war, daß Frankreich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Vereinigung der Tribute kreditpolitische Repressalien gegen Deutschland ergreifen sollte, ist dann vorzeitig ohne Zutun des Verfassers an das Licht der Öffentlichkeit geraten und hat zu lebhaften Auseinandersetzungen Wagemanns mit den Vertretern der bisherigen Geldpolitik geführt.

Diese von Seiten des Angegriffenen mit großem Temperament geführten Auseinandersetzungen haben Wagemann, der schon immer einer unserer bedeutendsten Geld- und Kredittheoretiker war, in das volle Licht der Öffentlichkeit gerückt. Der grobe und spürbare Einfluß, den der Leiter des Konjunkturforschungsinstituts zur Zeit hinter den Kulissen auf die volkswirtschaftlichen Beschlüsse des Reichskabinetts ausübt und auf Grund seiner den Auffassungen der Nationalsozialisten in vieler Hinsicht nachstehenden Pläne auch wohl bei einer zukünftigen Umwidmung des Kabinetts weiter ausüben wird, gibt seinen privaten Gedanken und Entwürfen beinahe dieselbe Bedeutung, wie amtlichen Entwürfen der Ministerien. Das rechtlerlich auch die Beachtung, die sein kleines handliches Büchlein „Was ist Geld?“ (Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg) in der öffentlichen Diskussion gefunden hat. Die Geldpolitik des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, die durch eine mehr oder weniger bewusste Kreditrestriktion, die erst unter dem Druck der letzten Regierungsmassnahmen gezwungen ist, den Geldwert nicht nur aufrechterhalten, sondern vor allem Dingen festzulegen wollte, hat in der Öffentlichkeit mit Recht scharfe Gegner gefunden. Denn die dadurch bedingten Preisveränderungen haben schließlich das ganze Wirtschaftsleben gelähmt. Sie ziefen Juristerei der auf weitere Preisveränderungen hoffenden Käufer und schwere Störungen des Absatzes hervor. Die zur Verfügung der Verbraucher stehenden Geldmittel, die in der letzten Zeit der Drückungs-Krise durch die erweiterten Silbergeldausprägungen zur Deckung des Staatsdefizits, insbesondere zur Bezahlung der Beamtengehälter, verwendet wurden, und die Verfallung der Bankausgaben, die im letzten Jahre zusammen 2 Milliarden zusätzliches Geld kauften, konnten der Wirkung der einmal im Gang befindlichen zehrenden Deflation nicht mehr entgegenarbeiten, weil sie wohl teilweise den Weg vom Konsumenten zum Produzenten fanden, dort aber nicht zu neuer Produktion dienten, sondern gehortet wurden oder bei der Schuldentilgung Verwendung fanden. Wagemann, der sich vielfach medizinischen Bildern bedient, nennt diesen Geldumlauf pathologisch und kennzeichnet ihn mit dem etwas fähen medizinischen Ausdruck: Störungen im Bereich des Einkommens, das der Stumpfung verfallen ist, bei gleichzeitigen Störungen im weitgehend zerstörten Grundgewebe der Produktionswirtschaft.

Aus dieser Diagnose entwickelt Wagemann folgende therapeutische Ziel: Die Wirtschaftsunfähigkeit muß ihre alte Funktionsfähigkeit wieder zurückgewinnen durch Befreiung der Störungen infolge von Geldhortung und durch Befreiung der zronisch gewordenen Unterbilanz der Unternehmungen. Die letztere muß